

# KLIMASCHUTZ – GEFAHR FÜR DIE INDUSTRIE

Solange verbindliche Klimaziele nur in Europa vorgegeben werden, bergen sie hohe Risiken für die Wirtschaft. Jetzt die Schraube weiter anzuziehen hätte für Deutschland fatale Folgen.

Der Streit über eine Verschärfung der EU-Klimaziele ist noch nicht entschieden. Umweltpolitiker wollen die CO<sub>2</sub>-Emissionen nicht nur um 20, sondern sogar um 25 oder 30 Prozent reduzieren. Berge strengere Klimaschutzziele mehr Chancen als Risiken?

Im Moment scheinen die Risiken zu überwiegen. Die Meinungen darüber gehen aber weit auseinander, auch innerhalb der Bundesregierung. Erst Ende Februar präsentierte das Bundesumweltministerium in Brüssel eine Studie, in der die grüne Zukunft in schillernden Farben ausgemalt wird. Eine Anhebung des EU-Klimaziels von 20 auf 30 Prozent eröffnet demnach den Weg zu höherem Wachstum und steigenden Beschäftigtenzahlen. Die Autoren, darunter neben dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung vier weitere renommierte Forschungseinrichtungen, sagen voraus, dass strengerer Klimaschutz die Wachstumsrate in Europa um bis zu 0,6 Prozentpunkte pro Jahr erhöht und bis zu sechs Millionen zusätzliche Jobs schafft. Dagegen kommt eine jetzt veröffentlichte Prognos-Studie, verfasst im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums, zu gegenteiligen Ergebnissen: Strengere EU-Klimaschutzziele würden Jobverluste und Wachstumseinbußen nach sich ziehen, Deutschland würde darunter besonders stark leiden.

Was stimmt? Wer sich ein Urteil bilden will, sollte die Details beachten, die in der schönen Welt der Klimaschutzpolitik leider nur am Rande beachtet werden. Zu diesen Details zählen die Regeln, die für den Emissionshandel ab 2013 gelten sollen. Bislang war das Handelssystem ein großes Experimentierfeld. Es bescherte den Energiekonzernen zunächst schnelle Gewinne und stellte die Industrie vor Kostenbelastungen, die sich aber als verkraftbar herausstellten. Jetzt wird der Hebel umgelegt: Es tritt der Ernstfall ein.

Seit Ende 2010 ist für die betroffenen Unternehmen absehbar, was auf sie zukommt. Die EU-Mitgliedstaaten stimmten im Dezember den Plänen der Kommission über die Zuteilung von Emissionszertifikaten zu. Einige der betroffenen Branchen sind entsetzt. Sie werden künftig gezwungen sein, für ihre Produktionsprozesse Zertifikate in großem Umfang zu kaufen. Das gilt selbst dann, wenn ihre Anlagen auf dem neuesten Stand sind. Das allein widerspricht der Zusage der Politik, im weltweiten Wettbewerb stehenden Branchen dürften keine zusätzlichen Kosten durch den Emissionshandel entstehen – zumindest dann nicht, wenn sie effizient arbeiten.

Hinzu kommt eine weitere Belastung: Weil die Energiekonzerne im Gegensatz zur Industrie keine Gratiszuteilungen bekommen, sondern für sämtliche Zertifikate, die sie benötigen, den vollen Preis zahlen müssen, werden die Strompreise kräftig steigen. Auch das trifft einzelne Industriebranchen mit hohem Stromverbrauch hart. Die Bundesregierung hatte dafür Kompensationen in Aussicht gestellt. Ob es sie jemals geben wird, steht allerdings in den Sternen.

Niemand kann ernsthaft bezweifeln, dass sich die zusätzlichen Kosten durch den Emissionshandel ab 2013 für Branchen wie Stahl, Aluminium, Zement, Papier, Glas und Chemie allein in Deutschland jährlich auf Milliardenbeträge summieren werden. Für Unternehmen, die mit ihren Produkten am Weltmarkt bestehen müssen, ist das fatal. Sie können für ein Chemieprodukt oder eine Tonne Stahl nicht mehr Geld verlangen als ein Unternehmen aus China oder Brasilien, nur weil in Europa die Kosten für den Emissionshandel anfallen. Wohlgermerkt: Die gerade skizzierten Belastungen entstehen dann, wenn die Kohlendioxidemissionen europaweit bis 2020 um

20 Prozent sinken sollen. Würde das 30-Prozent-Ziel beschlossen, würden die Zertifikatemengen noch erheblich knapper und die Kosten entsprechend steigen.

Die energieintensiven Branchen stehen in Deutschland für knapp 900 000 Jobs, sie bilden den Anfang der industriellen Wertschöpfungskette und liefern auch der „grünen Industrie“, die Windräder oder Photovoltaikanlagen baut, das unverzichtbare Ausgangsmaterial. In der Debatte um die Chancen des Klimaschutzes fühlen sie sich an den Rand gedrängt, besonders forsche Klimaschützer stellen sogar ihre Existenzberechtigung infrage.

Die Befürworter ambitionierter europäischer Klimaschutzziele haben eine Euphorie wegen der Chancen entfacht, die Risiken für wichtige Industriezweige dagegen verniedlichen sie. Energieintensive Unternehmen werden sich unter den Vorzeichen strengerer Klimaschutzauflagen sehr gut überlegen, ob sie an Standorten in der EU weiter investieren. Im Zweifel werden sie zusätzliche Kapazitäten in Schwellenländern schaffen, wo Klimaschutz höchstens halbherzig betrieben wird. Das dient weder der europäischen Wirtschaft noch dem Weltklima. Wenn Europa den Klimaschutz überdreht, sind die Folgen somit absehbar: Stahl- oder Chemieindustrie stehen in Europa vor schleichenden Erosionsprozessen.

Die deutsche Wirtschaft wird darunter besonders leiden. In keinem EU-Staat ist der Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung so hoch wie hier, er liegt bei über 20 Prozent. Energieintensive Betriebe haben daran erheblichen Anteil. Die starke industrielle Basis gilt als einer der Hauptgründe für das rasche Wiedererstarken nach der Krise in Deutschland. Es wäre töricht, sie gezielt zu schwächen.

Europa setzt sich beim Klimaschutz schon heute ehrgeizige Ziele. Jetzt weiter voranzugehen würde sich bitter rächen. Zwar würde die Umweltbranche profitieren. Die Kollateralschäden für klassische Industriebranchen wären aber gewaltig. Doch das scheinen große Teile der Politik zu ignorieren.



#### DER AUTOR

Klaus Stratmann  
Korrespondent

Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH, Berlin  
E-Mail: [stratmann@handelsblatt.com](mailto:stratmann@handelsblatt.com)